Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommun. Genossenschafter / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreis monatl. (frei Haus) 2,50 M. (Halbmonat) 1,25 M. durch die Post bezogen monatl. 2,40 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17295 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18600, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17295 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16–18 Uhr, Sonnabends 13–14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang — Dresden, Donnerstag den 14. Februar 1929 — Nummer 38

Aufmarsch des Elends

Eindrucksvolle Erwerbslosen-Demonstrationen in ganz Sachsen trotz grimmigster Kälte

Dresden, den 14. Februar.

Im Zeichen gesteigerter Not durch das Wüten der Kälte fanden gestern in ganz Sachsen eindrucksvolle Erwerbslosenkundgebungen statt. In Dresden versammelten sich die Erwerbslosen im großen Saal des Ausstellungspalastes. Nach Schluß der Kundgebung bildete sich ein wirkungsvoller Demonstrationszug, der vor das Rathaus und das Arbeitsamt zog. In Leipzig zogen die Erwerbslosen aus vier verschiedenen Lokalen durch die Stadt nach den Konkordiensälen, in denen der Reichstagsabgeordnete Koenen über die Schandgesetzgebung der Republik gegenüber den Erwerbslosen sprach. Auch nach dieser Kundgebung bildete sich ein wirkungsvoller Demonstrationszug, der sich in der Richtung nach dem Rathaus bewegte und der Forderung der Erwerbslosen nach Arbeit und Brot Ausdruck verlieh. Im Bezirk Erzgebirge-Vogtland fanden in über 20 Orten wuchtige Kundgebungen der Erwerbslosen statt, wobei trotz grimmiger Kälte im Anschluß an sämtliche Versammlungen die Teilnehmer durch die Straßen demonstrierten. Bei allen Kundgebungen kam es trotz großen Polizeieinsatzes dank der Besonnenheit der Demonstranten und der festen, einheitlichen Führung der Teilnehmer zu keinen Zusammenstößen.

In Ostsachsen

marschierten in fast allen größeren Orten die Opfer der kapitalistischen Rationalisierung zu Kundgebungen gegen die Verelendungsoffensive auf. In Bautzen sprach vor 500 Erwerbslosen der Reichstagsabgeordnete Rädel unter stürmischem Beifall über die Arbeit der Kommunistischen Partei für die Interessen der Aermsten der Armen. Hier bildete sich ein wuchtiger Demonstrationszug, der sich durch die Stadt nach dem Rathaus und der Amtshauptmannschaft bewegte. Entschließungen mit örtlichen und grundsätzlichen Forderungen wurden einstimmig angenommen. In Meißen beteiligten sich über 500 Arbeiter, darunter viele Mitglieder des Reichsbanners und der SPD. an der Kundgebung, in der Genosse Hoop den politischen Charakter des Kampfes der Erwerbslosen unter Aufzeigung des schändlichen Verrats der Sozialdemokratie aufwies. Einmütig wurde einer Entschließung zugestimmt, in der neben örtlichen Forderungen auch die schändliche Haltung der Sozialdemokratie festgenagelt wird. In Dippoldiswalde demonstrierten 250 Erwerbslose vor dem Arbeitsamt. Auch in Coswig und Zittau fanden Kundgebungen statt, über die bis jetzt noch kein näherer Bericht vorliegt. In Heidenau sprach Stadtverordneter Martin Schneider, Dresden, der ebenfalls den politischen Inhalt des Kampfes um den Schutz der Erwerbslosen aufzeigte. In einer angenommenen Entschließung wurde u. a. auch die Forderung nach Beteiligung der Koalitionsregierung erhoben. In Pohna zogen die Demonstranten vor das Rathaus, wobei der Bürgermeister sich bereit erklärte, die Forderungen der Erwerbslosen in bezug auf Kohle, Kartoffeln, Beschuhung und Mieterlaß in den städtischen Körperschaften zu befürworten.

Besonders eindrucksvoll gestaltete sich

die Kundgebung in Dresden

Hier zogen die Erwerbslosen bei grimmiger Kälte in Trupps aus ihren Bezirken nach dem städtischen Ausstellungspalast zur zentralen Versammlung. Dort sprach Genosse Jaekow, oft durch Beifall und Entrüstungsrufe über die Lage der Erwerbslosen, die der Redner treffend kennzeichnete, unterbrochen. Ein minutenlanger Entrüstungssturm setzte ein, als er den Versammelten die ganze Schamlosigkeit der Interessenvertretung der Erwerbslosen durch die Sozialdemokraten und die Niederstimmung des eigenen sozialdemokratischen Antrages im Reichstage durch die sozialdemokratischen Abgeordneten darlegte.

Die Versammlung beschloß einstimmig, von einer Diskussion abstand zu nehmen und nahm ebenfalls einstimmig die an anderer Stelle veröffentlichte Entschließung an. Sodann wurde von der Versammlung beschlossen, eine Demonstration für die Forderungen durchzuführen.

Der Demonstrationszug

bewegte sich vom Ausstellungspalast über den Pirnaischen Platz zum Rathaus und von dort über die Marienstraße, den Postplatz, die Wettinerstraße, am Gebäude der Dresdner Volkszeitung vorbei nach dem Arbeitsamt und löste sich dann mit dem Gelöbnis, am Reichserwerbslosentag, am 6. März, noch stärker aufzumarschieren, auf.

Die Gesamtdemonstration machte einen imposanten Eindruck und war eine einzige Anklage gegen den Rat zu Dresden, gegen die sächsische und Reichsregierung und gegen die Politik der Sozialdemokratischen Partei.

Besonders eindrucksvoll wurde der Zug durch eine Anzahl roter Transparente, die in weithin leuchtenden Lettern die Erwerbslosenforderungen den Passanten entgegenschrien. Sämtliche Teilnehmer des Zuges hatten ihre Stempelausweise, die Visitenkarte des Elends, an ihren Kopfbedeckungen angebracht. Stürmische Rufe: „Wir fordern Arbeit und Brot!" und „Nieder mit der Schandgesetzgebung der Sozialverräter!" gaben der Stimmung unter den Erwerbslosen beredten Ausdruck. Als es den Erwerbslosen gelungen war, trotz der Bannmeile bis dicht ans Rathaus zu gelangen, riefen sie der erschreckenen Bureaukratie in dröhnendem Chor zu: „Hunger! Wir frieren, wir fordern Kohlen und Brot!" Dasselbe wiederholte sich vor dem durch der sozialdemokratischen Polizeiführung und dem durch besondere Bannmeile geschützten Arbeitsamt, in dessen Peripherie die Erwerbslosen ebenfalls eindrangen. Die zahlreich in der Stadt herumschwirrenden Ueberfallkommandos der Polizei kamen überall zu spät und mußten die demonstrierenden Arbeitslosen tatenlos an sich vorüberziehen lassen. Die angenommene Resolution hat folgenden Wortlaut:

Entschließung

Heute, am Sächs. Erwerbslosentag, erkennen erneut die Erwerbslosen Groß-Dresdens, daß die immer noch weiter ansteigende Erwerbslosennot alle Erwerbslosen verpflichtet, energischer als bisher den Kampf für die Forderungen der Erwerbslosen zu führen. Der Sächsische Landtag und die sächsischen Gemeinden tuen nichts zur Linderung der übergroßen Not.

Die Dresdner Erwerbslosen haben infolge der strengen Kälte von dem Rat der Stadt Dresden gefordert, daß alle Erwerbslosen mit Kohlen beliefert werden. Ferner daß sofort 2½ Zentner Kohle und ¼ Meter Holz besonders geliefert wird. Die kommunistische Fraktion hat den Antrag der Erwerbslosen aufgegriffen und die Ablehnung dieses wichtigen Antrages im Finanzausschuß zeigt, daß die Gemeinden nicht daran denken, auch die geringsten Forderungen zu erfüllen. Erneut protestieren die Dresdner Erwerbslosen gegen die Haltung von Reich, Ländern und Gemeinden, weil keine Maßnahmen getroffen werden, um die grausame Not der Erwerbslosen zu lindern. Von Reich, Ländern und Gemeinden fordern die Versammelten die Durchführung der auf den drei sächsischen Erwerbslosenkonferenzen aufgestellten Forderungen, da nur dadurch es möglich ist, daß die Erwerbslosen ein menschenwürdiges Dasein fristen.

Die Versammelten erkennen weiter, daß mehr als bisher die Massenorganisationen des Proletariats sich mit dem Erwerbslosenelend beschäftigen und den Kampf der Erwerbslosen unterstützen müssen. Die Versammelten sind gewillt, einen energischen Kampf gegen die sozialdemokratischen und reformistischen Gewerkschaftsführer zu führen, weil diese, um die Bourgeoisie zu retten und die Koalitionsregierung zu erhalten, alle Erwerbslosenforderungen preisgeben. Nie werden die Erwerbslosen den schmählichen Verrat der SPD im Reichstage vergessen, indem die sozialdemokratischen Abgeordneten ihren eigenen Antrag niederstimmten.

Da die kommunistische Fraktion im Sächsischen Landtag die Forderungen der Erwerbslosen eingereicht hat und diese demnächst zur Behandlung stehen, verpflichten sich alle Anwesenden, die Erwerbslosenbewegung auf den Stempelstellen und die Erwerbslosenausschüsse aufs kräftigste zu unterstützen und am Reichserwerbslosentag, am Mittwoch, den 6. März, erneut zusammenzutreten, um den Bericht eines sächsischen Landtagsabgeordneten über die Lage der Erwerbslosen in Sachsen und die Haltung der sächsischen Regierung entgegenzunehmen.

Heraus zum Reichserwerbslosentag am 6. März!
Es lebe der Kampf für Arbeit und Brot!
Es lebe der Sieg der Arbeiterklasse!

Verrat der Textilarbeiter in Vorbereitung!

Textilarbeiter, wehrt euch! Bildet Kampfleitungen!

Berlin, 14. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Vertreter der drei Textilarbeiter-Verbände nahmen in einer Sitzung am Mittwoch zu dem Vorschlag der Textilunternehmer, ein zentrales Schiedsgericht für die Textilindustrie zu bilden, Stellung. Die Verbände erklärten sich einverstanden, sämtliche zur Zeit schwebenden Tarifstreitigkeiten in „neutralen" Schiedsgerichten zu erledigen. Die Verbände schlagen vor, daß nicht alle drei „unparteiischen" Schiedsrichter durch die Tarifvertragsparteien bestimmt werden, sondern daß der Vorsitzende durch den Reichsarbeitsminister ernannt wird. Mißlingt der Versuch, eine Einigung herbeizuführen, so fällt das Schiedsgericht einen Spruch. Ist dieser Spruch einstimmig, gilt er für beide Parteien verbindlich. Ist dieser Spruch mit Mehrheit zustande gekommen, entscheiden die Parteien innerhalb 24 Stunden über Annahme oder Ablehnung. Auf Antrag der annehmenden Partei entscheidet die zuständige amtliche Stelle über die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs. Die Unternehmer hatten bekanntlich vorgeschlagen, daß die Beschlüsse des zentralen Schiedsgerichts für beide Parteien bindend gelten. Aber die Textilarbeiter sollen nicht das Gefühl haben daß sie kein Recht auf Streik haben. Die Parteien müssen sich aber nach dem Vorschlag der Gewerkschaften innerhalb 24 Stunden entscheiden. Das bedeutet die Unmöglichkeit, eine Urabstimmung unter den Streikenden durchzuführen. Ueber Annahme oder Ablehnung wird nur der Vorstand entscheiden können. Gleichzeitig wird die Autorität des Staates gewahrt. Die Verbindlichkeitserklärung kann nur durch die amtliche Stelle ausgesprochen werden. Die Unternehmer haben diesen Vorschlag bereits akzeptiert und am Freitag wird in einem Ausschuß über Einzelheiten verhandelt. Die „Rote Fahne" schreibt dazu u. a.: „Mehr als in allen anderen Industriezweigen hat die Schlichtungsguillotine in der Textilindustrie gewütet. Sozialdemokratische Schlichter haben 40- und 50-Pfennig-Stundenlöhne und die 60-Stundenwoche für die Textilarbeiter auf Jahre festgelegt. Die Geduld der Textilarbeiter ist aber zum Platzen gekommen: Hier und da sind Streiks entstanden, die von den Unternehmern mit großen Aussperrungen beantwortet wurden. Jetzt wollen die Textilbarone und die Textilbureaukratie eine neue Schlichtungsmaschinerie schaffen, die noch schlimmer und sicherer die Kämpfe abwürgt, die Hungerlöhne und die unmenschliche Arbeitszeit verewigt. Die Antwort aller klassenbewußten Textilarbeiter auf diese unverschämte Offensive der Einheitsfront der Unternehmer, Gewerkschaftsbureaukratie und des Reichsarbeitsministeriums kann nur der erbitterste Kampf unter Führung der Gewerkschaftsopposition sein. Die im Kampf und vor dem Kampf stehenden Textilarbeiter müssen den Kampf organisieren, betriebliche Kampfleitungen wählen und den Kampf trotz Schiedsgerichte und Schlichter führen."

Großkampf in der Textilindustrie

Durch die Aussperrung in der Lausitzer Textilindustrie, von der zirka 30 000 Arbeiter betroffen werden, wird die Aufmerksamkeit der gesamten Arbeiterschaft erneut auf den erbitterten Kampf der Textilproleten gelenkt. In Thüringen und Sachsen standen schon bisher zirka 35 000 Arbeiter im Kampf, die 55 000 Arbeiter des rechtsrheinischen Gebiets können auf den angekündigten Lohnabzug nur mit dem Streik antworten. Damit würden schon zirka 120 000 Textilarbeiter im Kampf stehen.

Die Entwicklung dieses Kampfes von der Stellung der Lohnforderungen bis zum offenen Großkampf ist äußerst lehrreich. Seit über drei Monaten glomm das Feuer unterirdisch in der gesamten Textilindustrie, seit über drei Monaten machen die Unternehmer wie die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die verzweifeltsten Anstrengungen, um den Brand zu löschen, die Bewegung einzudämmen, zu lokalisieren, abzuwürgen. Umsonst! Auch die rechten Liquidatoren erwiesen sich als verflucht schlechte Propheten. Vor zwei Monaten schrieben sie in ihrem kindlich redigierten Organ „Gegen den Strom", daß es infolge der „Untätigkeit" der KPD nunmehr keinen Kampf in der Textilindustrie geben werde. Wie wenig Ahnung haben diese Kaffeehauspolitiker von den tatsächlichen Verhältnissen, wie wenig Fühlung haben sie mit den Arbeitermassen selbst! Wie blind sind sie gegenüber dem wachsenden Kampfwillen der Arbeiter.

Die Unternehmer forderten, daß die bisherigen erbärmlichen Löhne für zwei Jahre unverändert bleiben sollen.

Gewiß sind die Textilarbeiter durch Hunger und Not niedergedrückt, gewiß folgten große Massen, die sich von den sozialdemokratischen Führern verraten und verkauft fühlten, erst nur zögernd der Führung der Opposition. Aber die Dinge stehen so, daß die Textilarbeiter mit ihren Schundlöhnen einfach nicht mehr weiter existieren können, und daß sich nur eine vernichtend geschlagene Arbeiterschaft dem unmenschlichen Diktat des Unternehmertums fügen würde. Aber die Textilarbeiter sind nicht geschlagen, ihr Widerstandsdrang wurde immer größer. Daraus mußte sich über zahllose betriebliche Konflikte mit eiserner Konsequenz der offene Kampf entwickeln. Die Unternehmer hoffen, durch den Kampf die Widerstandskraft der Arbeiter zu brechen; die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die Kommunistische Partei werden alles einsetzen, um zum Sieg der Textilarbeiter beizutragen.

Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbureaukratie steht auch in diesem Kampf auf der Seite des Unternehmertums. Da der Reformismus die imperialistischen Ziele der Bourgeoisie unterstützt, muß er ja für die Herabdrückung des Lohnniveaus der Arbeiterschaft sein. Denn mittels der niedrigen Löhne ihrer Arbeiter wollen sich die Kapitalisten neues Terrain auf dem Weltmarkt erobern. Gerade in der Textilindustrie zeigt sich in sinnfälliger Weise dieser imperialistische Wettkampf der Kapitalisten auf Kosten der Arbeiter.

Gewiß zahlen die deutschen Textilgesellschaften die höchste Dividende. 11,6 Prozent ist die deutsche Durchschnittsdividende, solche Gesellschaften wie Bemberg geben öffentlich 14 Prozent Dividende bekannt. Für die Kapitalisten sind aber diese Riesengewinne unantastbar, das Verlangen, auf Kosten der Profite die Löhne zu erhöhen, ist für sie wie für ihre reformistischen Lakaien geradezu Hochverrat. Sie wollen unter Aufrechterhaltung dieser Riesenprofite die ausländische Konkurrenz noch mehr zurückdrängen, und weil das ein erbitterter Kampf ist, wollen sie den Reallohn der deutschen Arbeiter noch mehr herabdrücken.

In der Tat, der internationale Konkurrenzkampf ist schwer. Denn in den anderen Ländern setzen sich Kapitalisten und Reformisten gegen die deutsche Konkurrenz zur Wehr.

In England haben schon im Sommer 1928 die Gewerk-

SLUB
Wir führen Wissen.